

Protokoll der Sitzung des Kieler Kulturausschusses vom 27. Januar 2004

Zu Beginn des Tagesordnungspunktes „Strukturreform an der VHS“ wies der Vorsitzende, Herr Lindner, darauf hin, dass in den letzten Wochen „säckeweise“ Post bei ihm eingegangen sei und er bitte die Kollegen, sich diese Sammlung auf jeden Fall einmal anzusehen. Er schickte dann zwei dicke Packen Protestschreiben herum, manche Kulturausschussmitglieder nahmen es einfach nur zur Kenntnis, andere haben sich aber regelrecht fest gelesen. Da im Verlauf der Diskussion einige Male davon die Rede war, dass die geplanten Kürzungen auf große Bedenken und auf Unverständnis seitens der Bürger gestoßen seien, habe ich den Eindruck, dass unser Protest (vor allem auch der Protest der Teilnehmer!) seinen Zweck erfüllt hat.

Beschlossen wurde in dieser Sitzung noch nichts. Herr Rethage berichtete allerdings, dass er sich mit dem Personalrat der VHS darauf geeinigt hat, zwar – wie geplant – in Zukunft die altersbedingt frei werdenden Stellen an der VHS nicht wieder zu besetzen und derart bis 2009 ca 230000 € an Personalkosten einzusparen, dass aber nicht ganze Programmbereiche, sondern nur Kurse, die einen niedrigen Kostendeckungsgrad und einen geringen Relevanzwert haben, gestrichen werden sollen. Er sprach von ca 150 Kursen. Auf diese Weise erhofft er sich ein weiteres Einsparvolumen von 230000 €. Es soll auch in Zukunft verstärkt auf Konkurrenzangebote in der Stadt geachtet werden. Wenn ein anderes Institut einen ähnlichen Kurs anbiete, müsse die VHS nicht auch noch ein (subventioniertes) Angebot machen.

Herr Pasternak (von den Grünen) brachte schließlich einen Ergänzungsantrag ein, der auch von der CDU mitgetragen wird. Er beinhaltet, dass die Selbstverwaltung und nicht die VHS (wie bisher geplant und wie von der KN berichtet) festlegen soll, welche Kurse gestrichen werden müssen. Es werden sich wohl in einer Art Tages-Workshop Kommunalpolitiker und Mitarbeiter der VHS zusammensetzen und diese Auswahl treffen.

Ein zweiter Ergänzungsantrag von Herrn Pasternak sieht vor, 30000 € extra für Honorare bereit zu stellen. Diese Summe, bzw. eine höhere Summe von 50000 €, war in den Vorgesprächen von unserem Personalrat als Forderung eingebracht worden, um denjenigen Honorarkräften, die von der Rentenversicherungspflicht betroffen sind, einen Zuschuss zur RV zahlen zu können. Leider ist die Summe reduziert worden und ich hatte bei der Begründung dieses Antrages auch das Gefühl, dass es hier nicht mehr um mögliche Zuschüsse zur RV geht, sondern um die Möglichkeit, Honorarkräfte zu bezahlen, die die Arbeit der aus Altersgründen ausscheidenden hauptamtlichen Mitarbeitern auf Honorarbasis weiterführen. So war unsere Forderung nach Honorarerhöhung und die Forderung des Personalrats nach Einführung eines Zuschusses zur RV natürlich nicht gemeint!

Es bleibt abzuwarten, was in der Zwischenzeit geschieht. Am 24.2. kommen diese Anträge wieder auf die Tagesordnung des Kulturausschusses und werden dann vielleicht wie oben beschrieben beschlossen.

Um eine Fortführung unseres Protestes rechtzeitig zu planen und für alle Eventualitäten gewappnet zu sein, treffen sich ein paar „Protest-Interessierte“ am Freitag, den 13.2., ab 15 Uhr im „Chagall“ am Wilhelmsplatz. Bitte nicht vergessen, auch die Teilnehmer davon unterrichten und zahlreich kommen!!

Margarita Schramm-Klostermann, 3.2.2004